

DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

2. Tagung des 1. Landesparteitages

Magdeburg, 20. September 2008

Demokratisch und sozial: Ein Land für alle!

Rede des Landesvorsitzenden Matthias Höhn

Anrede

Soeben hat Günter Rettig den Landesparteitag eröffnet, das natürlich nicht ohne Grund. Günter hat, wie eine Vielzahl von Mitgliedern und Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei, in diesem Jahr bei den Bürgermeisterwahlen kandidiert. Und: er hat gewonnen. Nun ist er Bürgermeister der Gemeinde Buch. Lieber Günter, ich möchte dir stellvertretend für alle Kandidatinnen und Kandidaten sehr herzlich danken für dein Engagement. Und genauso stellvertretend für alle, die in ein Amt gewählt oder in ihm bestätigt worden sind, wünsche ich dir viel Erfolg und sage dir auch an dieser Stelle noch einmal die Unterstützung des Landesverbandes zu. Man mag es ja kaum glauben, und es klingt fast ein wenig paradox, aber Günter tritt im nächsten Sommer seine Freizeitphase an. Ich bin mir gewiss, auch wenn du uns dann nicht mehr hauptamtlich mit deiner Arbeitskraft zur Verfügung stehen wirst, deine Gemeinde, die ganze Region Altmark und der Landesverband insgesamt werden deine Freizeit in engen Grenzen halten. Und irgendwie habe ich den Eindruck, das ist dir auch ganz recht so. Nochmals alles Gute von uns allen.

Damit bin ich schon mitten im Fazit des vergangenen Jahres. Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir an dieser Stelle den Landesverband Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE gegründet. Damit war der formale Akt vollzogen. Die spannende Frage war, wie lange es dauern würde, bis wir auch im Innern eine gemeinsame Partei geworden sind. Heute, glaube ich, können wir ohne Übertreibung sagen: Es hat funktioniert. Mein Eindruck ist, dass wir im Landesverband nicht mehr entlang ehemaliger Parteigrenzen diskutieren oder Politik gestalten, ob vor Ort oder auf der Landesebene. Wir sind in Sachsen-Anhalt nicht zwei Parteien in einer, sondern eine gemeinsame Partei DIE LINKE. Das stärkt uns und ist Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit.

Der Wahlkampf 2009 ist eröffnet. Wer noch Zweifel daran hatte, wurde wohl von den Verlautbarungen, vor allem vonseiten der CDU, in den letzten Wochen endgültig überzeugt. Und auch wenn einige dieser Äußerungen mittlerweile auf einem Niveau angekommen sind, dass man nicht mal erreicht, wenn man sich flach auf den Boden wirft, will ich uns allen sehr eindringlich sagen: Diese Angriffe werden zunehmen. Und es ist an uns, darauf geschlossen zu reagieren und unsere eigenen politischen Akzente selbstbewusst und konsequent zu setzen! Sie zetern ja nicht ohne Grund: Sie werden nervös. Sie nehmen uns ernst. Und das sollten sie auch!

Der Auftritt der neuen Partei DIE LINKE auf der bundespolitischen Bühne hat das parteipolitische Koordinatensystem durcheinander gebracht. Natürlich hat unser andauernder Erfolg seit 2005 nicht nur den Grund, dass wir so viele tolle und sympathische Jungs und Mädels in der Partei haben und wir die kreative Idee hatten, mal etwas Neues zu gründen. Dieser Prozess und damit auch unser Erfolg fußen ja auf einem gewachsenen gesellschaftlichen Bedürfnis, dem Bedürfnis nach einer relevanten Kraft, die offensiv die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und einer zivileren Außen- und Sicherheitspolitik auf die politische Tagesordnung setzt.

Der Charme von Neoliberalismus und Deregulierung verblasst. Die Menschen spüren doch jeden Tag ganz konkret, dass es ungerecht in der Bundesrepublik zugeht, dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht, dass immer mehr Menschen trotz Vollzeitarbeit von ihrem Einkommen nicht vernünftig leben können, dass Kindern und Jugendlichen ihre Bildungschancen abgeschnitten werden und nicht zuletzt auch, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nach wie vor auf sich warten lässt. Und sie merken, dass der in den letzten Jahren unentwegt postulierte Rückzug des Staates weit mehr Probleme geschaffen hat, als er zu lösen vermochte. Letztlich war es ein massiver Rückzug von Politik und damit demokratischer Kontrolle.

Diese Entwicklung bringt nicht nur große Lasten mit sich für jede und jeden Einzelnen, der davon betroffen ist. Sie beschädigt zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schließlich auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik insgesamt und in deren Lösungskompetenzen. Sie beschädigt am Ende die Demokratie.

2009 jährt sich die politische Wende in der DDR zum zwanzigsten Mal. 1989 sind die Menschen in der DDR auf die Straßen gegangen, weil sie das Gefühl hatten, ihnen fehle die Luft zum Atmen. Sie haben sich für Demokratie und Selbstbestimmung entschieden und gegen einen Staat, der zwar für ein beachtliches Maß sozialer Sicherheit sorgte aber ihnen in wichtigen Bereichen das Recht absprach, für ihr Land und ihre persönliche Entwicklung selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Dies alles geschah friedlich und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Dieser Moment im Herbst 1989 war nicht nur ein historischer Einschnitt, er war auch und vor allem ein Moment des gesellschaftlichen Aufbruchs und der Emanzipation. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir an den Schulen nicht regulären Unterricht absolvierten, sondern mit Lehrerinnen und Lehrern über die Situation in unserem Land ins Gespräch kamen. In dieser Zeit war es über Nacht beinahe eine Selbstverständlichkeit, für seine politischen Überzeugungen zu demonstrieren, in Parteien einzutreten, sich vor Ort zu engagieren...

Niemand sollte gering schätzen oder gar vergessen, was damals geschehen ist. Alle, die diese Zeit erlebt haben, hat sie nachhaltig geprägt. Und nicht zuletzt unsere Partei

wäre heute nicht so, wie sie ist und wie sie sich selbst versteht, ohne diese Wochen und Monate.

Das Jahr 2009 wird nicht nur durch mehrere Wahlkämpfe geprägt sein, sondern auch durch eine ganze Reihe geschichtlicher Jahrestage. Wir werden uns dieser Diskussion nicht entziehen können, schließlich sind die Geschichte unserer Partei und die Biografien vieler unserer Mitglieder mit diesen Daten eng verbunden. Diese Diskussionen müssen wir nicht scheuen, solange wir zwei Dinge beherzigen:

- Zum einen: Wir dürfen es nicht zulassen, uns bei diesem Thema öffentlich auseinanderdividieren zu lassen.
- Und zum anderen: Wir haben uns bereits in den 1990er Jahren als PDS eine klare Position erarbeitet: deutliche Kritik an den Verfehlungen und Verbrechen in der DDR, aber keine pauschale Delegitimierung des Sozialismusversuches nach 1945 und ganzer Lebensbiografien.

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 26. Februar diesen Jahres verbindlich entschieden, dass die Beschlüsse der PDS Sachsen-Anhalt zum Umgang mit der Geschichte für die neue Partei fortgelten. Aus einem dieser Beschlüsse, gefasst vor ziemlich genau 12 Jahren, unter der Überschrift „Wer Zukunft will, muß sich der Vergangenheit stellen“ will ich zitieren:

[...] Offensiver Umgang mit unserer Geschichte ist für die PDS Sachsen-Anhalt ein wichtiger Bestandteil ihrer Politik. Uns geht es darum, aus der Analyse und Kritik des Staatssozialismus und seines Scheiterns Ansätze für demokratisch-sozialistische Politik zu gewinnen. Notwendige Kapitalismuskritik darf nicht zur Verdrängung unserer Kritik am Staatssozialismus und seinen Institutionen führen. PDS beginnt mit der Entschuldigung vor den BürgerInnen der DDR für Irrtümer, Fehler und Verbrechen der SED. [...] Linke Kritik an der DDR bestimmte den politischen Geburts- und Überlebensakt der PDS. Linke, emanzipatorische DDR-Kritik darf uns heute auch bei der Verteidigung der Legitimität des Sozialismusversuches nicht abhandeln kommen. Wissend um die Probleme, die aus dem Kampf der Systeme und insbesondere aus dem kalten Krieg an deren Nahtstelle erwachsen, wird diese Kritik in der PDS von deutlichen Mehrheiten getragen.

Die PDS hat die Legitimität des Sozialismusversuchs und individuellen Engagements in der DDR gegen soziale und rechtliche Ausgrenzung verteidigt. Wir bekräftigen unsere Positionen gegen Ausgrenzung ostdeutscher Biographien, gegen Rentenstrafrecht und juristische Vergangenheits"bewältigung". [...] (Beschluss „Wer Zukunft will, muß sich der Vergangenheit stellen“, 2. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt, 28./29.09.1996)

Ich gedenke nicht, hinter diese klare, aber eben nicht pauschale Position zurückzugehen. Und ihr könnt davon ausgehen, das gilt auch für die Landtagsfraktion, die gesamte Fraktion.

Heute fragen viele, was vom Aufbruch und von der Leidenschaft des Herbstes ´89 geblieben ist. Immer weniger machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Immer weniger sind bereit, sich in Parteien zu engagieren. Hoffnung ist zunehmend Angst vor der Zukunft gewichen. Fast zwei Millionen Menschen haben die neuen Bundesländer verlassen. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen dieses Landes ist auf einem Tiefpunkt. Ja, von vielen wird die Demokratie sogar prinzipiell infrage gestellt und das Setzen auf die so genannte starke Hand greift Raum. Rechtsextremismus und Fremdenhass haben sich breit gemacht in der Mitte der Gesellschaft.

Manche sagen, eine solche Einschätzung wäre ungerecht. Vieles sei doch in den letzten 19 Jahren geschehen. Ja, das ist es und es sollte nicht in Abrede gestellt werden. Aber dennoch bleibt die Frage, warum so viele trotz des Aufbaus Ost zu dieser Meinung gelangen.

Wir hatten als PDS eine essenzielle programmatische Konsequenz gezogen. Auch unsere neue Partei hat sich diese zu eigen gemacht. Es geht um die Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit politischer und sozialer Recht. Wer gesellschaftlichen Ausgleich genauso anstrebt wie eine lebendige Demokratie, kommt um diese Verknüpfung nicht umhin. Aber genau jener Zusammenhang ist längst in den Hintergrund getreten – in Ost und West. Die jüngsten Armuts- und Reichtumsberichte der Landes- und Bundesregierung sind dafür genauso überzeugender wie erschütternder Beleg. Für immer mehr Menschen ist die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich. Das ist nicht nur unsozial, es ist auch undemokratisch.

Unser Anspruch ist die gleichberechtigte Teilhabe aller. Dafür bedarf es zuvorderst eines grundsätzlichen sozialpolitischen Richtungswechsels – auf allen Ebenen der Politik.

- Das beginnt bei einer sozialen Ausgestaltung der Europäischen Union und der Schaffung verbindlicher sozialer Mindeststandards. Der Verfassungsvertrag wird genau dies nicht leisten, und darum haben wir ihn als LINKE abgelehnt und nicht, wie immer behauptet wird, weil wir die Europäische Integration in Frage stellen. Emanzipatorische linke Politik und nationale Abschottung schließen sich aus.
- Bundesweit kämpfen wir nach wie vor für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde, für eine deutliche Anhebung der Regelsätze und für eine Mindestabsicherung im Alter.
- In Sachsen-Anhalt streiten wir für die Einführung kommunaler Familienpässe, weil sie Eltern und Kindern Chancen sozialer und kultureller Teilhabe eröffnen können. Und es bleibt dabei: Es ist nicht hinnehmbar, dass der Besuch des Gymnasiums daran scheitert, dass die Kosten der Schülerbeförderung in der SEK II nicht zu schultern sind.

Selbst bei Durchsetzung aller Vorschläge, die wir im Leitantrag im Bereich der Sozialpolitik aufgegriffen haben, würden weder in Sachsen-Anhalt noch in der Bundesrepublik Milch und Honig fließen. Aber es wären erste wichtige Schritte zur Stabilisierung der sozialen Basis in unserem Land.

Der Antrag „Für eine Demokratisierung der Demokratie!“ ist getragen von zwei zentralen Überlegungen: Wo sehen wir Potenziale für den Ausbau demokratischer Beteiligung, wo und wie kann demokratischer Einfluss gestärkt und erfahrbar gemacht werden? Und was sind Voraussetzungen für eine gerechte Teilhabe aller? Dafür bieten wir Ansatzpunkte, mit denen wir uns als Partei in die gesellschaftliche Debatte einmischen wollen. Ich möchte auf diese Politikfelder kurz eingehen.

- DIE LINKE ist Bürgerrechtspartei. In den letzten Jahren hat es sowohl unter Rot-Grün als auch unter der Großen Koalition im Bund massive Einschnitte in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gegeben – meist unter dem Deckmantel der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung. Wir sagen: Die bestehenden repressiven Maßnahmen reichen aus, sie müssen nur konsequent angewendet werden. Das gilt auch für den Rechtsextremismus. Der Vorschlag der Landesregierung zur Einschränkung des Versammlungsrechtes ist für uns nicht akzeptabel. Er entspringt der verhängnisvollen Folgerung, mit dem Abbau der Demokratie diese vor ihren Feinden schützen zu können. Wir werden dies in den Parlamentsberatungen zum Versammlungsgesetz deutlich zum Ausdruck bringen.
- DIE LINKE steht für gleiche Rechte für alle. Immer noch sind Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, Bürger zweiter oder dritter Klasse. Bürgerrechte, die für jeden deutschen Staatsbürger eine Selbstverständlichkeit sind, wie etwa das Recht auf Freizügigkeit, werden Migrantinnen und Migranten nach wie vor vorenthalten. Die Abschaffung der Residenzpflicht ist dringend geboten, ebenso wie eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen statt Sammelunterkünften. Menschenrechte sind unteilbar.
- Zentrales Element einer lebendigen Demokratie ist die aktive Beteiligung vieler. Der diskriminierungsfreie Zugang für alle zu Bildungsangeboten in hoher Qualität ist dafür wichtige Voraussetzung. Zudem können Schulen und Hochschulen ein Feld für mehr Beteiligung und gelebte Toleranz sein. Wir wollen mehr Integration und Teilhabe statt weniger an den Bildungseinrichtungen. Wer schon sehr früh Individualität und Verschiedenheit als etwas Selbstverständliches erlebt, wer schon in jungen Jahren erfährt, dass es sich lohnt, sich einzubringen und für seine Argumente zu streiten, der ist später immuner gegen Intoleranz und Obrigkeitsdenken. Die Wiederherstellung des Ganztagsanspruches auf frühkindliche Bildung und Betreuung und der Weg zu einer Schule für wirklich alle Kinder wären wichtige Bausteine, genauso wie der Ausbau demokratischer Mitbestimmung an den Schulen und Hochschulen des Landes.
- Der freie Zugang zu Information und Kommunikation ist Grundlage für eine wirkliche Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Doch

diese Freiheit gerät zunehmend unter Druck. Mit der wachsenden Bedeutung des Internets, z.B. für Information über aktuelle Nachrichten, Hintergrundberichte oder für den Kontakt zur öffentlichen Verwaltung, öffnet sich immer weiter eine Schere zwischen denen, die über einen solchen Zugang verfügen und ihn sich auch leisten können, und jenen, die in Regionen leben, die de facto vom Netz abgeschnitten sind, oder die es sich aufgrund ihres Einkommens nicht erlauben können.

Wichtige Säule für einen diskriminierungsfreien Zugang ist und bleibt ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Gleichzeitig müssen die demokratischen Kontrollmechanismen innerhalb der Anstalten ausgestaltet werden. Der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum ist dringend überfällig.

- DIE LINKE setzt auf eine Demokratisierung der Wirtschaft. Zunehmend wird versucht, Demokratie und Mitbestimmung aus den Betrieben rauszuhalten, z.B. wenn Betriebsratswahlen verhindert werden. Für manche Unternehmen ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei wirtschaftlichen Entscheidungen, Personalentwicklung, Arbeitszeitgestaltung, Überstunden, Eingruppierung u.a. offensichtlich überflüssig. Aktuelles Beispiel in Sachsen-Anhalt ist Doppstadt Calbe. Seit dem Wechsel der Geschäftsleitung 2003 befindet sich der Betriebsrat nach Aussage der Gewerkschaft in einem ständigen Ausnahmezustand. Während ihrer gesamten Amtszeit wurden die Betriebsräte nicht nur ignoriert, sondern auch systematisch mit einstweiligen Verfügungen und arbeitsgerichtlichen Verfahren überzogen. Die Geschäftsleitung hat es vermocht, dass ein Teil der Beschäftigten gegen den eigenen betriebsverfassungsrechtlichen Schutz, gegen legitim gewählte Arbeitnehmervertreter, gegen die Verbesserung der eigenen Einkommen auf die Straße gehen. Hier werden mit der Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes Politik gemacht und Mitbestimmungsrechte geschleift. Das muss unseren Widerspruch finden.

Und gleichzeitig geht es natürlich um die Frage, über welche Steuerungselemente demokratisch legitimierte Politik überhaupt noch verfügt. Und ja, wir bleiben dabei: Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht weiter dem Einfluss von Politik entzogen werden. Wer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse anstrebt, wer in der Tat ein Land für alle will, der kann sich nicht darauf verlassen, dass sich diese Dinge von selbst einstellen. Der Markt richtet es eben nicht allein, schon gar nicht dort, wo es sich unter marktwirtschaftlichen Aspekten nicht lohnt. Und Entschuldigung, auch die Bundesrepublik alt verfügte über einen beachtlichen öffentlichen Sektor, ohne dass daraus das Kuba Europas wurde. Und wir haben doch erlebt, wie sich die Privatisierungswelle seit den 1990er Jahren ausgewirkt hat: die Nahverkehrsstrecken im ländlichen Raum wurden abgebaut, die Postfilialen geschlossen, die Breitbandversorgung eben auf die lukrativen Ballungszentren konzentriert... Die Liste ließe sich fortsetzen.

Natürlich wissen wir: öffentlicher Sektor darf nicht wirtschaftliche Unvernunft bedeuten, denn schließlich wird er von Steuergeldern finanziert. Die Berliner

LINKE, die mit ihrer Regierungsbeteiligung den Privatisierungswahn der anderen Parteien stoppen konnte, weiß sehr genau, dass es darauf ankommt, die öffentlichen Unternehmen stark zu machen – genau darum muss es gehen.

- Und letztlich sagen wir: Gerade in Zeiten der globalen Verflechtung gewinnt die lokale Ebene eine völlig neue Bedeutung. Globalisierung heißt nicht Aufgabe lokaler Verantwortlichkeit – im Gegenteil. Darum hat die Stärkung der kommunalen Ebene für uns Priorität. Das beginnt bei der Schaffung realer Handlungsspielräume vor Ort. Hier sind Bundes- und Landespolitik in der Pflicht sind.

Gleichzeitig setzen wir darauf, die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen zu erweitern, etwa durch die Etablierung von Bürgerhaushalten.

Dezentrale Gestaltung und Umsetzung von Politik nehmen die Verantwortlichen vor Ort in die Pflicht, aber sie bergen auch die Chance auf mehr Transparenz und Beteiligung in sich.

Der aktuelle Newsletter der Mobilien Opferberatung beginnt mit folgender Einschätzung:

[...] Im ersten Halbjahr 2008 hat die Mobile Opferberatung 73 politisch rechts motivierte Gewalttaten in Sachsen-Anhalt registriert. Damit liegt die Zahl der Angriffe, die uns bekannt wurden, höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Einen Rückgang rechter Gewalt, wie die Sicherheitsbehörden in Sachsen-Anhalt derzeit melden, hat die Mobile Opferberatung nicht feststellen können. Besonders auffällig: Die Anzahl rassistisch motivierter Gewalttaten hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. [...]

Rechte Gewalt ist nach wie vor Alltag, nicht nur in Sachsen-Anhalt. Beinahe täglich werden Menschen angefeindet, Menschen, die eine andere Hautfarbe haben als die Mehrheit der Bevölkerung, oder Menschen, die anders leben, oder auch Menschen, die anders lieben. Es ist Verpflichtung aller Demokraten, Solidarität mit den Opfern zu zeigen und rechte Gewalt und rechtes Gedankengut zu ächten, und selbstverständlich haben die Opfer ein Recht auf einen handlungsfähigen und schnellen Rechtsstaat.

Unsere Fraktion hat im Landtag die Bestrebungen des Innenministers unterstützt, auf der Bundesebene ein Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ zu erreichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Verein unbehelligt Kinder und Jugendliche mit völkischem Gedankengut indoktriniert.

In dieser Woche ist erneut eine Studie veröffentlicht worden, die das Ausmaß des gesellschaftlichen Problems verdeutlicht. Danach hat ein Viertel der deutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen, fast die Hälfte antimuslimische. Es bleibt dabei: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist mühsam, er reicht bis in die Mitte der Gesellschaft und er verlangt breite Bündnisse und eine hohe Sensibilität aller demokratischen Akteure.

Die Stärke der Rechtsextremismus misst sich nicht zuletzt an der Schwäche der Demokratie. Darum ist für uns die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen und humanistischer Werte eine zentrale Herausforderung – ob in der Schule, den Familien, den Kommunen oder im Betrieb.

Demokratie war und ist keine Selbstverständlichkeit. Und es ist nicht zuletzt auch unsere Aufgabe, sie zu verteidigen und wo immer es geht weiter auszugestalten.

Anrede

Vor uns liegt ein Superwahljahr, in dem wir uns in drei landesweiten Wahlkämpfen behaupten müssen.

Bei den Bundestagswahlen streben wir ein bundesweites Ergebnis von 10 Prozent plus x an. Das heißt für Sachsen-Anhalt, unser Ergebnis von 2005 auszubauen. Wie im Osten insgesamt kämpfen wir zuerst mit der CDU um die Meinungsführerschaft.

Die Sozialdemokraten haben sich inhaltlich vom unteren Drittel der Gesellschaft verabschiedet und ihre Glaubwürdigkeit bei der Frage nach mehr gesellschaftlichem Ausgleich und einer friedlicheren Außenpolitik nachhaltig beschädigt. Offensichtlich braucht die SPD noch eine weitere Wahlniederlage im nächsten Jahr, um endlich die Kraft für eine spürbare Kurskorrektur aufzubringen. Glücklicherweise bin ich darüber nicht, um das auch ganz klar zu sagen. Zum einen steigert es die Chancen für eine schwarz-gelbe Mehrheit nach den Bundestagswahlen und verbaut damit zum anderen die Möglichkeit für eine wirkliche Veränderung der Bundespolitik. Ihr letztes Aufgebot, das die SPD nun in die Auseinandersetzung mit Angela Merkels CDU schicken will, wird ihr strategisches Dilemma nicht auflösen. Die zurückliegenden Landtagswahlen in den alten Bundesländern haben es gezeigt, und auch die kommenden in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und dem Saarland werden es wiederum belegen: Eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe gibt es nur mit der LINKEN – oder sie bleibt eben aus. Steinmeier will für gesetzliche Mindestlöhne kämpfen und Müntefering will dies mit der FDP realisieren – der widersinnigste Unfug wird mittlerweile zur Wahlstrategie erhoben. Die Bürgerinnen und Bürger werden dieses absurde Spielchen durchschauen.

Wir selbst werden uns darauf einstellen müssen, dass sich alle anderen politischen Parteien an uns abarbeiten werden. Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Für uns stehen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Wir kämpfen für unsere Themen, für unsere politischen Alternativen, für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik. Unsere politische Agenda ist klar. Es geht um:

- die Wiedergewinnung des Öffentlichen,

- das Eintreten für gute Arbeit, für die Erneuerung des Sozialstaates und seiner finanziellen Grundlagen, für Bürgerrechte und demokratische Erneuerung,
- die strikte Umsetzung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und Chancengleichheit statt sozialer Auslese in Schule, Hochschule und Beruf,
- die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West,
- die entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus,
- den Einsatz für eine friedliche, auf globale Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik Deutschlands und für ein demokratisches und soziales Europa.

Wir werben für uns: seriös, glaubwürdig und engagiert. Die anderen Parteien werden versuchen, genau dies in Abrede zu stellen. Nicht zuletzt darum begrüße ich es sehr, dass sich der Parteivorstand auf seiner letzten Sitzung dazu verständigt hat, in den nächsten Monaten ein Steuerkonzept zu erarbeiten, das eine realistische Gegenfinanzierung zu unseren Forderungen, die sich im Bundestagswahlprogramm finden werden, darstellt. Dies hat uns bei der Bundestagswahl 2005 sehr unterstützt. Es wird auch diesmal hilfreich sein, vor allem um eines deutlich zu machen: Es geht nicht um Wunschdenken, sondern um realistische alternative Politik. Sie ist genauso möglich wie dringend notwendig.

Wir sind im Osten Volkspartei. Dabei soll es bleiben. Wir finden Zuspruch in allen Bevölkerungsschichten und Milieus. Es gilt die große Gruppe der sozial und gesellschaftlich Ausgegrenzten ebenso zu mobilisieren wie die bedrohte Arbeitnehmerschaft und linkskulturelle Milieus genauso wie kleine und mittlere Unternehmerinnen und Unternehmer. Das zentrale Thema der sozialen Gerechtigkeit ist nicht nur unsere programmatische Klammer, es verbindet auch große Teile der Bevölkerung.

Wir gehen mit Lothar Bisky als Spitzenkandidaten in die Europawahlen. Lothar wird uns morgen besuchen. Ich will ihm schon heute die volle Unterstützung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt zusagen. Lothar Bisky steht nicht zuletzt als Vorsitzender der Europäischen Linken glaubwürdig und authentisch für eine wirkliche europäische Integration und das Ringen für eine EU, die sich endlich einer sozialen, friedlichen und ökologischen Politik verschreibt.

Mit ihm an der Spitze wollen wir auch bei diesen Wahlen ein zweistelliges Ergebnis erreichen. Wir streiten für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger statt eines der Regierungen. Die Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik hatten keine Chance, über den Europäischen Verfassungsvertrag zu entscheiden. Lasst uns darum die Europawahlen zu einer Abstimmung über die Politik der Bundesregierung in der EU machen.

Gleichzeitig mit den Europawahlen werden in Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen abgehalten. Die Stadt- und Gemeinderäte werden neu zu besetzen sein. Auch hier setzen wir auf ein klares linkes Profil und unsere eigenen Stärken.

Im Mittelpunkt steht die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu werden wir uns morgen ausführlich verständigen und eine wichtige konzeptionelle Grundlage für die Debatten der nächsten Monate bereiten. Nahverkehr, Schulnetzplanung, Gesundheitsversorgung, Kultureinrichtungen, Wasser und Abwasser, Energieversorgung, öffentliche Sicherheit... - alles Themen, die mit der Landesentwicklungsplanung untrennbar verbunden sind. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt. Wir wollen ein Land für alle. Das wird auch den Wahlkampf 2009 prägen.

Das Thema Kommunalpolitik zwingt mich, etwas zur Arbeit der Landesregierung und der Koalitionsparteien zu sagen. Mein Problem ist: Was soll man dazu noch sagen? Es ist ein Trauerspiel. Nach monatelangem Hickhack wird ein gefeierter Kompromiss bei der Gebietsreform verabschiedet, in der Sache ein schlechter Kompromiss. Nun sind Klagen anhängig. Und dieselben, die diesen Kompromiss vereinbart haben, spekulieren nun - mal laut, mal hinter vorgehaltener Hand - auf ein Scheitern vor dem Landesverfassungsgericht. Nun wird wieder beschworen, das Gesetz werde von den Koalitionsparteien getragen. Regierungsfähigkeit sieht anders aus. Das ist schlicht unverantwortlich.

2008 sollte das Jahr der Funktionalreform werden, so der Ministerpräsident vor einiger Zeit. Letzte Woche hat er dieses Projekt de facto beerdigt. Wenn es gut läuft, kommt am Ende ein Reförmchen raus, das den Namen nicht verdient.

Es ist wie in anderen Politikfeldern auch: Diese Koalition hat keine inhaltliche Basis. Sie schleppt sich über die Legislaturperiode. Hauptsache, man ist an der Regierung. In diesem Herbst ist Halbzeit. Wenn die zweite Hälfte so verläuft wie die erste, werden fünf Jahre für Sachsen-Anhalt verschenkt sein. Unser Land hat besseres verdient als die Koalition.

Anrede

Lasst mich etwas zur Situation im Landesverband sagen. Die Strukturen und Finanzen werden uns am heutigen Nachmittag beschäftigen, darum will ich der Einbringung im Detail nicht vorgreifen und mich auf fünf Thesen, die mir wichtig sind, beschränken.

- Die Partei braucht mehr Mitglieder.
Wir haben in den vergangenen 12 Monaten 165 neue Mitglieder begrüßen können. Das ist ein wichtiger Schritt für den Landesverband, aber er reicht noch nicht aus. In den kommenden 12 Monaten finden drei Wahlkämpfe statt. Lasst uns diese Zeit offensiv auch dafür nutzen, Menschen zum Mitmachen in der Partei zu bewegen. In einem Jahr wird abgerechnet. Ich bin mutig und sage: 250 neue Mitglieder. Lasst es uns versuchen.
- Die Partei braucht mehr Frauen.
Unser Frauenanteil sinkt seit der Parteineugründung bundesweit stetig, auch in Sachsen-Anhalt. Das darf uns nicht in Ruhe lassen. Wir brauchen mehr Frauen in politischer Verantwortung an der Spitze - dafür könnt ihr heute schon etwas tun, aber dazu später mehr. Mehr noch als Themen zu besetzen, die besonders

für Frauen relevant sind, kommt es darauf an, Arbeitsstrukturen zu schaffen, die Frauen eine Mitarbeit erst einmal ermöglicht und dann auch noch eine gewisse Attraktivität haben. Was dabei nun gar nicht hilft, ist das Infragestellen der Quote. Das ist nichts anderes als Kneifen vor der eigenen Verantwortung. Der bequeme Weg ist selten der richtige.

- Die Partei braucht mehr Kandidatinnen und Kandidaten.
Kommunalwahlen liegen vor uns. Im ganzen Land gilt es, Menschen – ob Mitglied oder nicht – dafür zu gewinnen, mit uns linke Politik in die kommunalen Vertretungen zu tragen. Ich weiß, dass einige Sorge haben, nicht genügend Leute zu finden. Vielleicht motiviert es, wenn ich euch sage: Auch die Brandenburger Genossinnen und Genossen hatten diese Sorgen. Nächste Woche zur Kommunalwahl gibt es 30 Prozent mehr Kandidaturen für unsere Partei als beim letzten Mal. Gerade wir, als neue Partei, die ganz eigenständig ihre Themen setzt und näher als alle anderen bei den Menschen ist, können mobilisieren. Ich finde, wir sollten uns nicht überheben, aber eben auch ins Zeug legen: 15 Prozent mehr Kandidaturen als bei den letzten Stadt- und Gemeinderatswahlen wären ein großer Erfolg!
- Die Partei braucht mehr Geschlossenheit.
Ich habe darüber bereits vor genau einem Jahr gesprochen, und leider muss ich es wieder aufrufen. Und ich will gestehen, meine Geduld schwindet. Ich weiß, dass z.B. eine Neuformierung der Kreisverbände durch Gebietsreform keine einfache Sache ist. Und ich weiß auch, dass es in einigen Neukreisen richtig gut läuft. Aber in gut der Hälfte eben nicht. Konflikte in den Kreisvorständen, Kreistagsfraktionen, zwischen solchen Gremien, Konflikte mit einzelnen Abgeordneten... Am Montag bin ich wiederum vor Ort zu einem Schlichtungsgespräch. Ich sage hier sehr deutlich: So geht das nicht. Niemand, ob Landtagsabgeordnete, Kreisvorsitzender, Fraktionsvorsitzender im Kreistag oder was auch immer, sollte davon ausgehen, die Partei sei nur dafür da, sie oder ihn alle paar Jahre wieder zu wählen oder auf die Liste zu setzen. Ich erwarte, dass in der Zeit dazwischen für die Partei und unsere Politik gearbeitet wird, und nicht zuerst für das eigene Fortkommen.
- Die Partei braucht zukunftsfähige Strukturen.
Wir haben in den vergangenen Jahren einiges erreicht, manches durchzusetzen war durchaus schmerzhaft – ich erinnere an die Schließung der Kreisgeschäftsstellen und den schrittweisen Abbau des hauptamtlichen Personals. Heute können wir sagen: Es hat sich gelohnt. Die finanzielle Situation des Landesverbandes ist noch nicht über den Berg, aber sehr wohl stabilisiert. Ihr wisst aber auch: das bleibt nicht von allein so. Ihr habt es dem vorliegenden Antrag entnommen, wir werden 2011 nach der Landtagswahl einen erneuten Einschnitt vornehmen müssen. Damit daraus kein qualitativer, sondern ausschließlich ein quantitativer wird, ist aktives Zusammenspiel aller Beteiligten vonnöten: Landesvorstand, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kreisvorstände, Landtags- und Bundestagsabgeordnete – im Grunde der gesamte Landesverband. Ich beabsichtige im übrigen für die kommende Landtagswahl, über die regionale Verteilung der Abgeordneten vor der

Listenaufstellung mit allen Beteiligten zu reden und der Vertreterversammlung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Das verhindert möglicherweise, wie in der Vergangenheit eine Reihe von Absagen nach der Wahl nur noch zur Kenntnis nehmen zu können.

Gerade das Thema Parteireform ist im Landesverband und auch darüber hinaus mit einem Namen verbunden: Michael Entrich. Vor ziemlich genau 15 Jahren wurde Micha zum ersten Mal zum Landesgeschäftsführer gewählt, seitdem übt er dieses Amt ununterbrochen aus. In wenigen Stunden wird es einen Wechsel geben.

Lieber Micha, Geschenke gibt es später, jetzt ist die Zeit, einige Worte zu finden. Und da mir natürlich gesteckt wurde, dass bitte auf so etwas verzichtet wird, mache ich es kurz:

Diese 15 Jahre waren gute Jahre für den Landesverband, sowohl der PDS als auch der LINKEN. In diesen Jahren ging es fast ausnahmslos bergauf bei den Wahlen, wir haben toleriert, wir haben uns den zweiten Platz stabil erkämpft. Damit so etwas geht, braucht es jemanden, der die Maschine am Laufen hält. Das warst über so lange Zeit du, Micha.

Und du hast in dieser Zeit auch unbequeme Dinge nicht gescheut, die Strukturen des Landesverbandes sind heute kaum noch mit denen von 1993 vergleichbar.

Du hast das auf deine ganz eigene Weise gemacht, und dir damit den Respekt des gesamten Landesverbandes erarbeitet. Und ganz nebenbei hast du zwei Schatzmeister und drei Vorsitzende überstanden.

Lieber Micha, ich möchte dir von Herzen danken und dir für die Zukunft alles Gute wünschen.

Mit dem Dank für Micha ist es natürlich nicht getan. Wir werden heute noch über seine Nachfolge entscheiden müssen.

Ich möchte euch bitten, Jenny Schulz als neue Landesgeschäftsführerin zu wählen. Jenny hat den Weg zu uns über ein Praktikum, das sie kurz vor Ende ihres Studiums in der Landesgeschäftsstelle absolvierte, gefunden. Sie ist im Stadtverband Magdeburg organisiert und dort im Stadtvorstand aktiv. Seit 2005 ist sie in Bernburg als Wahlkreismitarbeiterin für Jan Korte tätig.

Jenny wird sich natürlich nachher noch selbst vorstellen und euch für Fragen zur Verfügung stehen. Klar ist, nach 15 Jahren wird es für den Landesverband einen spürbaren Einschnitt geben. Wir alle werden uns umgewöhnen müssen. Jenny wird nicht viel Zeit bleiben, sich in die neue Aufgabe hineinzufinden. Ein Wahljahr steht bevor. Ihr wisst, was das für den internen Betrieb bedeutet. Und auch die Aufgaben, die wir mit dem Antrag zur Parteireform heute noch diskutieren, werden einen Großteil ihrer und unserer Kraft beanspruchen.

Ich wünsche mir, dass ihr Jenny nicht nur mit einem guten Wahlergebnis heute einen gelungenen Start ermöglicht, sondern dass wir sie gemeinsam in ihrer Arbeit unterstützen. Die Aufgaben werden mit Sicherheit nicht leicht, es wäre viel geschafft, wenn wir sie ihr nicht unnötig schwerer machten.

Anrede

DIE LINKE wirkt. Fast alle politischen Parteien mussten nach der letzten Bundestagswahl reagieren. Von Angela Merkels neoliberalen Durchmarschversuch 2005 ist nicht viel geblieben. Dennoch: einen wirklichen Politikwechsel haben wir noch nicht erreicht.

Das kommende Jahr kann die Bundesrepublik nachhaltig verändern. Wir kämpfen als LINKE in vier Bundesländern bei Landtagswahlen um die Ablösung der CDU. Und wir LINKE in Sachsen-Anhalt wollen mit unseren Ergebnissen bei den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen unseren Beitrag leisten, damit wir Ende 2009 möglicherweise sagen können: In der Bundesrepublik sind soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, ökologische Erneuerung und Frieden wieder die bestimmenden Elemente praktischer Politik. Es wäre ein Gewinn für jede und jeden Einzelnen und ein Gewinn für unsere Demokratie.